

**Rede von Herrn Landrat Jochen Hagt**  
**zur Einbringung des Entwurfs des Kreishaushaltes 2019-2020**  
**des Oberbergischen Kreises in der Kreistagssitzung am 04.10.2018**  
**- Es gilt das gesprochene Wort! -**

Sehr geehrte Damen und Herren !

als ich vor zwei Jahren den Haushaltsentwurf 2017/2018 in diesen Kreistag eingebracht habe, habe ich Sie ermutigt, mit mir gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft anzugehen und diese als Chance zu begreifen. Aus meiner Sicht ist uns dies in den letzten beiden Jahren sehr gut gelungen!

Zusammen mit Ihnen möchte ich nahtlos an die angestoßenen Entwicklungen anknüpfen. Lassen Sie uns die aktuellen Gestaltungsspielräume bewusst nutzen! Lassen Sie uns weiterhin Schwerpunkte setzen und unsere erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Kreis fortsetzen!

In diesem Sinne möchte ich Ihnen heute den vorliegenden Entwurf des Kreishaushaltes 2019-2020 erläutern und Ihnen aufzeigen, welche besonderen Aufgaben neben dem „Brot- und Buttergeschäft“ der Kreisverwaltung über die Haushaltsansätze finanziert werden sollen.

Gestatten Sie mir jedoch zunächst ein paar Worte zu den **Umlage-Hebesätzen**.

Die Aufstellung des Haushalts ist regelmäßig ein Balanceakt: Nicht nur bei der genauen Planung der einzelnen Haushaltspositionen, sondern auch mit Blick auf die **Auswirkungen auf die kreisangehörigen Kommunen**. Ja, ich weiß, die Haushaltslage der Kommunen ist einerseits nach wie vor sehr angespannt. Denn wir haben im Jahr 2018 nach wie vor 5 Teilnehmer am Stärkungspakt und 6 Kommunen in der Haushalts-

sicherung. Morsbach greift auf die allgemeine Rücklage zu und „schrappt“ gerade noch am Haushaltssicherungskonzept vorbei. Und Wiehl erreicht den fiktiven Haushaltsausgleich nur durch Einsatz der Ausgleichsrücklage.

Ursächlich für diese schwierige Situation ist aus meiner Sicht nach wie vor die Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes. So ist z. B: die sog. Einwohnerveredelung immer noch nicht abgeschafft, wenngleich das Land immerhin durch die Einführung der sog. Sanierungs- und Unterhaltungspauschale ab dem Jahr 2019 erste Maßnahmen ergriffen hat, um alle Kommunen in NRW - ob groß oder klein - ein Stück weit „gleicher“ zu behandeln. Die Benachteiligung des ländlichen Raumes wird dadurch abgemildert, was ich sehr begrüße.

Andererseits ist es auch Fakt, dass sowohl die Schlüsselzuweisungen in Summe als auch die Steuerkraft in den Kommunen in Summe aufgrund der guten konjunkturellen Lage ansteigen. Folglich steigen auch die Umlagegrundlagen für den Oberbergischen Kreis. Oder wie der Kreiskämmerer zu sagen pflegt: Der zu verteilende Kuchen wird insgesamt größer – und damit wächst auch das Stück für den Oberbergischen Kreis.

Meine Damen und Herren,  
auf dieser Basis gilt es dann aber eben auch festzustellen:

Derart positive Botschaften, wie sie aktuell in manchen Kommunen für das Haushaltsjahr 2019 formuliert werden, gab es in den letzten Jahren nicht. Ich zitiere hierzu einige Sätze aus aktuellen Pressemitteilungen:

So formuliert Oberberg Aktuell in diesen Tagen über die Stärkungspaktkommune Engelskirchen:

„Die Gemeinde rechnet für das dritte Haushaltsjahr in Folge mit einem Überschuss – Verwaltung schlägt Aussetzung der Steuererhöhung vor. Engelskirchen hat den Schuldengipfel hinter sich gelassen. Man ist auch weiterhin in der Lage, wichtige Investitionen zu tätigen.“ Zitat Ende!

Und so heißt es in diesen Tagen bei Oberberg Aktuell über die Situation der Stadt Waldbröl:

Das vorgestellte Zahlenwerk sieht ein positives Jahresergebnis im Jahr 2019 in Höhe von 284.000 € vor. „Die im bisherigen Haushaltssicherungskonzept enthaltenen weiteren Steuererhöhungen in den Jahren 2019 bis 2022 sind mit diesem Haushalt vom Tisch“

Und weiter wird die Kämmerin zitiert:

„Ich bin seit 30 Jahren in der Verwaltung und kann mich nicht daran erinnern“, freute sich Kämmerin Anja Brauer über den ausgeglichenen Haushalt. Ein kleines Plus bleibt übrig und gleichzeitig können „alle notwendigen städtischen Aufgaben“ finanziert und eine „gute Entwicklung für die Zukunft für Waldbröl“ gewährleistet werden. Zitat Ende.

- Aus meiner Sicht auch ein Ergebnis der Durchsetzung der Vorgaben des HSK.-

Und der Kämmerer der Stadt Radevormwald hat kürzlich Folgendes im Remscheider

Generalanzeiger erklärt:

Zitat: „Wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Kreisumlage 2019 um einen Prozentpunkt sinkt. [...] Wir sind mit dem Ergebnis sehr zufrieden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
diese und andere Botschaften aus den Rathäusern vorausgeschickt, halte ich zwar an dem eben Gesagten fest, ja, die Haushaltssituation der Kommunen ist nach wie vor angespannt. Ich teile jedoch ausdrücklich nicht die Auffassung des Bürgermeisters der Gemeinde Engelskirchen, der in seiner Stellungnahme im Rahmen des Benehmensverfahrens kürzlich im Namen der übrigen Bürgermeister ausdrücklich betonte: Die Haushaltslage der Kommunen sei nach wie vor „katastrophal“.

Ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehe vielmehr, dass Oberberg insgesamt auf einem guten Weg ist! Und darüber sollten wir - trotz

hoher Steuerbelastungen, die uns alle - ja auch Sie und mich treffen - sehr froh sein.

Schauen wir uns in diesem Zusammenhang die **Entwicklung der Hebesätze** der Kreisumlagen an. Sie alle haben hierzu vor sechs Wochen mein Schreiben an die Bürgermeister zur Einleitung des Benehmensverfahrens in Kopie erhalten. So wissen Sie bereits, dass bei allen Umlagen ein Rückgang des Hebesatzes erzielt werden konnte. Heute kann ich Ihnen mitteilen, dass die Hebesätze durch weitere Ansatzanpassungen im Rahmen des Aufstellungsverfahrens, also durch Veränderungen in den letzten sechs Wochen, nochmals gesenkt werden konnten! In Summe reduzieren sich die Hebesätze für alle Kreisumlagen von 2018 nach 2019 um immerhin 2,1 Prozent-Punkte.

Damit sind sie deutlich stärker rückläufig, als es in der ursprünglichen Finanzplanung für 2019 vorgesehen war. Gleiches gilt aber auch für die Folgejahre. Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage liegt damit mit über sechs Prozentpunkten niedriger als noch im Jahr 2011!

Selbstverständlich ist mir dabei bewusst, dass sich die tatsächlichen Zahllasten aus den Kreisumlagen für die Kommunen von 2018 auf 2019 trotz sinkender Hebesätze in Summe um 1,9 Mio. Euro (+ 0,9 %) zunächst einmal erhöhen werden. An der nach wie vor guten Konjunktur partizipieren folglich nicht nur die kreisangehörigen Kommunen über die Gewerbesteuer, sondern auch der Kreis über die Umlagegrundlagen.

In diesem Zusammenhang muss aber eben auch berücksichtigt werden, dass der Kreis den Kommunen aus der Endabrechnung der differenzierten Umlagen für das Jahr 2017 einen Betrag in Höhe von 2,91 Mio. Euro im Jahr 2019 erstatten wird. Im Ergebnis sinkt damit sogar die tatsächliche Zahllast der Kommunen im Vergleich zum Jahr 2018 um rund 1,0 Mio. Euro. Geringere Hebesätze, geringere Zahllast für die Kommunen in Summe – das ist also gewissermaßen das Motto des heute eingebrachten Haushaltes.

## **(Erstattungen LVR)**

Zudem möchte ich an weitere Entlastungen der Kommunen erinnern: Der Oberbergische Kreis hatte im Jahr 2017 eine Ausschüttung in Höhe von rd. 6,6 Mio. Euro vom Landschaftsverband Rheinland für die Auflösung der Rückstellungen im Bereich „Integrationshelfer“ erhalten. Diese haben wir in voller Höhe – ohne wenn und aber – auf Basis des entsprechenden Verwaltungsvorschlages und Kreistagsbeschlusses an die kreisangehörigen Kommunen weitergeleitet!

Gleiches gilt für die weiteren Haushaltsverbesserungen durch eine rückwirkende Senkung der Landschaftsumlage in 2018 sowie durch GFG-Verbesserungen. Rund 11,3 Mio. Euro wurden hieraus in 2018 auf Vorschlag der Verwaltung und auf Basis eines nachfolgenden Kreistagsbeschlusses ebenfalls an die Kommunen erstattet! Insgesamt haben wir also 17,9 Mio. Euro unmittelbar den Kommunen zukommen lassen! Bitte, sehr geehrte Damen und Herren, vergessen Sie dies nicht, wenn Sie in den nächsten Wochen und Monaten über die Frage der Angemessenheiten von Zahllasten usw. sprechen!

Durch das vom Oberbergischen Kreis gewählte Verfahren der „Ausschüttung“ mit frühzeitiger Information der Kommunen unter Verzicht auf die Aufstellung von aufwändigen Nachtragshaushalten konnten die Verbesserungen zudem schnellstmöglich an die Kommunen weiter gegeben und in der dortigen Haushaltsplanung entsprechend berücksichtigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
dies vorausgeschickt möchte ich kurz auf das vor wenigen Tagen bei mir eingegangene Schreiben der Bürgermeister zu sprechen kommen und dazu anmerken, dass ich zugegebenermaßen über die Stellungnahme der Bürgermeister zu den Eckdaten des Haushaltes einigermaßen überrascht bin. Insbesondere, weil die Reaktionen der Bürgermeister bis zum Eingang der Stellungnahme der Kommunen deutlich anders ausfielen.

So wurde uns von einer ganzen Reihe von Bürgermeister- und Kämmererkollegen eine eher positive Rückmeldung zu den Eckdaten gegeben.

Ich möchte an dieser Stelle nicht weiter im Detail auf die Stellungnahme der Bürgermeister eingehen, sondern auf meine schriftliche Erwiderung, die Ihnen ebenfalls vorliegt, verweisen. Bitte bilden Sie sich anhand der Faktenlage eine eigene Meinung. Ich selbst bin jedenfalls der Auffassung, dass die Auswirkungen des Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurfs auf die kommunalen Haushalte durchaus vertretbar sind. Damit ist der Oberbergische Kreis übrigens in meinen Augen sehr wohl ein verlässlicher Partner der Kommunen. Unserem Grundsatz, Rücksicht auf die finanzielle Situation der Kommunen zu nehmen und Haushaltsverbesserungen weiterzugeben, sind wir treu geblieben und wollen dies auch zukünftig sein.

Nun möchte ich Ihnen gerne aufzeigen, welche **Schwerpunktsetzungen** der Haushalt enthält und **welche Projekte von besonderer Bedeutung** für die Entwicklung des Oberbergischen Kreises weiter fortgeführt werden sollen.

Richten wir unseren Blick zunächst auf den Sozial- und Jugendhilfeeat, die Bereiche mit dem größten Haushaltsvolumen.

### **(Umsetzung der Inklusion / Auswirkungen auf die Eingliederungshilfe)**

Die größte Herausforderung für den Sozialbereich seit der letzten großen Arbeitsmarktreform im Jahr 2005 ist die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

Bei Hilfeempfängern in stationären Eingliederungshilfeeinrichtungen geht die Zuständigkeit für existenzsichernde Leistungen ab dem Jahr 2020 vom überörtlichen auf den örtlichen Sozialhilfeträger über – also vom LVR auf den Kreis. Daher ist ab 2020 mit einem steigenden Transfer-

aufwand im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von ca. 4,75 Mio. Euro zu rechnen. Dieser Mehrbedarf wird durch Mehrerträge in gleicher Höhe aus der Bundeserstattung gedeckt. Personal- und Sachmittelressourcen sind allerdings vom Kreis zu tragen, denn: Der Oberbergische Kreis wird durch die Aufgabenübertragung schlagartig für rund 700 Menschen und deren Anliegenbearbeitung zuständig! Hierfür ist übrigens die Einrichtung von drei Mehrstellen ab dem Jahr 2020 erforderlich, damit ein möglichst nahtloser Übergang in die neuen Zuständigkeiten ohne Nachteile für die Leistungsberechtigten Menschen erreicht und die Leistungsgewährung dauerhaft sichergestellt werden kann.

### **(Betreuungsangebot Tageseinrichtungen für Kinder / Jugendamtsumlage)**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
kommen wir nun zum Jugendhilfeetat. Beim genauen Blick auf die Hebesätze werden Sie sehen, dass die Jugendamtsumlage zwar wie alle anderen Umlagen ebenfalls sinkt, allerdings geringer als in der Finanzplanung vorgesehen. Ursächlich ist hier der erforderliche Ausbau der Betreuungsangebote im Bereich für Tageseinrichtungen für Kinder, also eine Entwicklung, die uns trotz der zusätzlichen finanziellen Belastung positiv stimmen sollte.

Denn wir dürfen im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes einen erfreulichen Zuwachs von Kindern unter 6 Jahren feststellen. Lebten im Kindergartenjahr 2016/17 noch rd. 8.700 Kinder in den Zuständigkeitskommunen des Kreisjugendamtes, so werden es zum Kindergartenjahr 2020/21 rd. 9.300 Kinder unter 6 Jahren sein. Eine Steigerung von rd. 600 Kindern!

Die steigenden Kinderzahlen führen zu einer steigenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen. Um dieser Nachfrage bedarfsgerecht entsprechen zu können, wurden in Abstimmung mit den Kommunen allein für das laufende Kindergartenjahr 2018/19 zusätzliche 140 Kita-Plätze geschaffen.

Für das Kindergartenjahr 2019/20 ist ein Ausbau um weitere 320 Plätze geplant.

Neben der wachsenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Kitas ist in den letzten Jahren - vor allem für Kinder unter 3 Jahren - ein deutlicher Anstieg der Nachfrage nach Tagespflegeplätzen festzustellen. Von 2016 bis 2018 ist die Anzahl der Kinder in Tagespflege um rd. 20 % auf über 500 Tagespflegeverhältnisse angestiegen. Hinzu kommt ein erhöhter Betreuungsumfang bei den einzelnen Tagespflegeverhältnissen.

Die Mehraufwendungen durch gestiegene Betriebskostenzuschüsse können nur teilweise durch Erträge aus Landesmitteln oder Elternbeiträgen gedeckt werden. Unterm Strich steigt der Zuschussbedarf im Produktbereich „Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege“ im Jahr 2019 um rund 1,6 Mio. Euro und im Jahr 2020 um weitere 2,3 Mio. Euro an. Ein Umstand, den wir zunächst in Kauf nehmen müssen, wenn wir unser gemeinsames Ziel eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots aufrechterhalten wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
zu Beginn meiner Ausführungen habe erklärt, die die von uns initiierten **Zukunftsprojekte weiterzuverfolgen**. Dies sollte natürlich **im Abgleich mit** den von Ihnen beschlossenen **strategischen Zielen** und Handlungsfeldern geschehen. Bitte haben Sie Verständnis, dass ich angesichts des zeitlichen Rahmens nur einige Handlungsfelder ansprechen werde.

#### **(zu Ziel 1: Die gesundheitliche Versorgung stärken)**

Im Bereich der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung haben wir in den letzten Jahren allein durch die Kommunalisierung des Rettungsdienstes kräftig investiert. Wir schaffen durch den Neubau und die Modernisierung von Rettungswachen in den Kommunen die notwendigen Strukturen, um Hilfsfristen für unsere Bürgerinnen und Bürger ein-

zuhalten. In diesem Jahr konnten die neuerrichteten Rettungswachen in Nümbrecht und Wiehl in Nutzung genommen werden. Für einen Neubau der Rettungswache in Lindlar sollte heute nach der positiven Beschlussempfehlung in den Ausschüssen der Baubeschluss folgen, die Baukosten wurden bereits im Haushaltsplan veranschlagt. Für den ebenfalls notwendigen Neubau einer Rettungswache in Engelskirchen wurden Planungsmittel eingestellt. Gleiches gilt für die Erweiterung der Rettungswache in Gummersbach.

Doch auch angesichts sich weiter verändernder Rahmenbedingungen im Rettungswesen müssen wir weitsichtig planen. Neben der bereits geplanten Errichtung einer Containerhalle für den Katastrophenschutz am Notfallzentrum in Marienheide-Kotthausen müssen Konzepte zur Zukunftsfähigkeit des Notfallzentrums und der Leitstelle entwickelt werden. Darin müssen ggfs. auch bauliche Veränderungen einbezogen werden.

Ein weiterer Kraftakt war die Umsetzung des Notfallsanitätäergesetzes. Es erwies sich hierbei einmal wieder mehr als Glücksfall, dass unsere Akademie Gesundheitswirtschaft und Senioren als erste Schule im Regierungsbezirk Köln die staatliche Anerkennung als Rettungsfachschule erhalten hat. Die ersten Absolventen werden im Oktober in den Rettungsdienst übernommen werden.

Und der Bedarf an Kursen an der AGewiS steigt weiter. In unserer Region gibt es keine Alternativangebote im Bereich der Altenpflegeausbildung. Der erforderliche Erweiterungsbau, der auch die Krankenpflegeschule des Klinikums Oberberg aufnehmen soll, wird auf dem Steinmüllergelände realisiert werden. Angesichts der alternden Bevölkerung eine wichtige Entscheidung zur Stärkung unserer regionalen Pflegeressourcen.

Darüber hinaus gilt es beim Thema der ärztlichen Versorgung am Ball zu bleiben. Unabhängig von einer erhofften Förderung des Projektes OBK\_FAIRsorgt arbeiten wir auf verschiedensten Ebenen an einer Verbesserung v. a. der ortsnahen Hausärzteversorgung. Teil der Aktivitäten

ist der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung Telemedizin, die die Möglichkeiten digitaler Technik für die Gesundheit unserer Menschen nutzbar machen soll. Daneben wollen wir eine Versorgungslücke im Bereich der Kindergesundheit durch gemeinsame Planungen zu einem Sozialpädiatrischen Zentrum mit der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Klinikum Oberberg, dem Haus Früher Hilfen und niedergelassenen Ärzten schließen.

### **(zu Ziel 2: Die ehrenamtlichen Strukturen fördern)**

Die Förderung des Ehrenamtes als wichtige gesellschaftliche Stütze ist mir – wie Sie wissen – ein besonderes Anliegen. Neben der etablierten Ehrenamtsinitiative Weitblick fördert die Kreisverwaltung daher weitere Projekte wie beispielsweise die Bürgerbusvereine. Auch Hilfsorganisationen und die freiwillige Feuerwehr erhalten Unterstützung. Ich freue mich, dass nach einer umfangreichen Vorplanung das ehemalige Munitionsdepot in Brächen nun baulich hergerichtet wird, damit es voraussichtlich ab dem nächsten Jahr in neuer Bestimmung als Feuerwehrübungs-zentrum genutzt werden kann.

Ebenso wichtig ist die Stärkung des Ehrenamtes im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe in unseren 1.441 Dörfern, Weilern und Ortsteilen. Das Fortbildungsprogramm „Zukunftswerkstatt Dorf“ wird daher fortgesetzt werden und sich stärkend auf die Region auswirken und dazu beitragen, unsere Dörfer zukunftsfähig und lebenswert zu gestalten.

### **(zu Ziel 3: Den Wirtschaftsstandort optimieren)**

Wir wollen, dass die Menschen gerne im Oberbergischen Kreis leben und die Unternehmen unseren Kreis als leistungsfähigen Wirtschaftsstandort wahrnehmen. Dabei gewinnen wir im Vergleich zur sich weiter verdichtenden Wohn- und Arbeitssituation in der Rheinschiene zunehmend. Gelungenes Beispiel für eine nachhaltige Entwicklungsstrategie ist beispielsweise unser Industrie- und Gewerbeflächenkonzept, mit dem wir für Planungssicherheit in den Kommunen und Betrieben sorgen.

Ein weiterer, wesentlicher Standortfaktor ist eine leistungsfähige Breitbandversorgung. Unser Breitbandkoordinator steht hierbei allen Kommunen beratend zur Seite. In Kooperation mit vier Kommunen aus der Kreismitte (Gummersbach, Lindlar, Marienheide und Reichshof) wurde im Sommer ein Zuwendungsvertrag mit der Telekom Deutschland GmbH zum Breitbandausbau geschlossen. In Zahlen belaufen sich die Baumaßnahmen auf rund 236 km Tiefbau, ca. 662 km neu zu verlegende Leerrohre und über 840 km Glasfaserleitung. Bezogen auf die zu versorgende Fläche und die Streckenlängen ist dies für die Telekom das drittgrößte Projekt in Deutschland und das größte Projekt in NRW. Im Vergleich zu den Ballungsräumen holen wir also beim Ausbau der digitalen Infrastruktur kräftig auf.

Doch das Thema Digitalisierung ist noch weitaus vielschichtiger – gerade mit Blick auf die sich wandelnde Arbeitswelt. Die Wirtschaftsförderung führt hierzu ebenso wie zum Thema Fachkräftemangel regelmäßig Fachveranstaltungen zur Unterstützung für Unternehmen durch, damit wir als Region am Puls der Zeit bleiben.

Das gleiche gilt im Übrigen auch für die Kreisverwaltung selbst. Wir wollen das Thema Digitalisierung stärker angehen. Prozesse müssen beleuchtet und fit für die Zukunft gemacht werden. Hierzu gehören die Einführung eines internen Dokumentenmanagementsystems ebenso wie der Ausbau digitaler Antragsverfahren und Bezahlungsfunktionen. Es geht um Prozesse, die sich unmittelbar auf die Bürgerinnen und Bürger auswirken und um Prozesse, die im Hintergrund ablaufen. Ich denke hier beispielsweise an die perspektivische Einführung eines digitalen Baugenehmigungsverfahrens oder die bereits laufende Digitalisierung des Bauaktenarchives. Klar ist, dass wir hierfür zusätzliche, auch personelle, Ressourcen bereitstellen müssen.

#### **(zu Ziel 4: Die Wohn- und Lebensqualität verbessern)**

Die Standortbedingungen müssen allerdings nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für unsere Bürgerinnen und Bürger attraktiv sein. Wir müssen die Ergebnisse der Wohnraumbedarfsanalyse 2017 in unsere weiteren Planungen einbeziehen und uns nach wie vor mit den vielfältigen Themen der Dorfentwicklung beschäftigen. Sowohl im Bereich der ländlichen Entwicklung als auch im Hinblick auf die Entwicklung der eher urban geprägten Wohnstandorte in unserem Kreis nimmt das Thema Quartiersmanagement und Quartiersentwicklung immer mehr Raum ein. So wurde z. B. gemeinsam mit der Stadt Radevormwald über das Förderprogramm „Starke Quartiere – starke Menschen“ als Modellprojekt ein integriertes Handlungskonzept für die Wupperorte erstellt. Weitere Fördermöglichkeiten werden über LEADER bereitgestellt. Auch wenn die Umsetzung zugegebenermaßen manchen administrativen Hürden ausgesetzt ist, werden bereits einige Projekte sowohl im Kreisnorden als auch im Kreissüden umgesetzt. In 2019 wollen wir zudem ein Projekt „Quartiersmanagement in den oberbergischen Dörfern“ an den Start bringen.

#### **(zu Ziel 5: Die Infrastruktur verbessern)**

Darüber hinaus müssen wir die erforderliche Infrastruktur bereitstellen. Auf die Ertüchtigung der Bundes- und besonders maroden Landesstraßen in unserem Kreisgebiet haben wir letztendlich nur verbenden Einfluss. Den Zustand unserer Kreisstraßen haben wir dagegen weitestgehend selbst in der Hand. Es ist wichtig, unser Straßennetz laufend zu unterhalten und instand zu setzen. Investieren müssen wir in Neu-, Um- und Ausbauten, wie z. B. im Zuge der barrierefreien Gestaltung von Bushaltestellen oder der für 2020 geplanten Verlegung der K 24 in Lindlar zur Entlastung eines Wohngebietes. Damit wir weiterhin auf einem guten Weg bleiben, wird sich unser Eigenanteil am Investitionsvolumen jährlich zwischen drei und vier Millionen einpendeln.

Mit der Verabschiedung des Nahverkehrsplans haben wir die Weichen für die Weiterentwicklung der Mobilität der Zukunft gestellt. Neben der Fortführung des klassischen ÖPNV als Rückgrat des Nahverkehrs spielen innovative Ansätze eine zentrale Rolle. Denn der fortschreitende demografische Wandel und die teilweise besonderen siedlungsstrukturellen sowie topografischen Gegebenheiten fordern immer mehr eine Nahverkehrsversorgung unabhängig von der klassischen Buslinie. In Bezug auf die Verbesserung des Mobilitätsangebots auf der Schiene werden wir auf der Grundlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur RB 25 auf einen bestmöglichen Ausbau der Strecke im Bündnis Oberbergische Bahn drängen.

**(zu Ziel 6: Die Bildungslandschaft entlang der Bildungskette weiterentwickeln)**

Eine weitere, große Rolle sowohl in Bezug auf den Wirtschafts- als auch auf den Wohnstandort spielt die Stärkung und Weiterentwicklung des Bildungsstandortes Oberberg. Bildung ist ein Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit der Region. Unser Bildungsnetzwerk ist dabei Gestalter und Moderator der regionalen Abstimmung der Bildungsangebote. Mit der Sprachbildung, MINT, Persönlichkeitsbildung und seit diesem Jahr der Inklusion sind wichtige Handlungsfelder besetzt. Aufgrund unserer Teilnahme am Förderprogramm „Bildung integriert“ sind wir in der Lage, vorhandene, kommunale Datenbestände zu nutzen, um –anonymisiert und kleinräumig ausgewertet- Bedarfe zu erkennen, Handlungsstrategien zu entwickeln und die Wirkung von Maßnahmen zu messen. Hier-von profitieren auch die Kommunen.

Als Träger von kreiseigenen Bildungseinrichtungen investieren wir unmittelbar in die Qualität des Bildungsangebotes, nicht nur durch Förderprogramme wie „Gute Schule“, sondern z. B. auch durch die Sicherung eines wohnortnahen Berufsschulangebots an unseren Berufskollegs. So ist beispielsweise die im Sommer 2017 als Pilotprojekt gestartete Berufsschulklasse in den Räumen der Gemeinschaftsschule Morsbach und

der Ausbildungswerkstatt der Firma Montaplast ein vielversprechender Weg, die Attraktivität in der Region zu steigern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
dies alles spiegelt nur einen kleinen Ausschnitt aus dem großen Aufgabenportfolio der Kreisverwaltung. Den interessierten Zuhörer verweise ich an dieser Stelle auf den Ihnen erst kürzlich vorgestellten Orientierungs- und Handlungsrahmen für die Entwicklung des Oberbergischen Kreises. Dieser basiert ebenfalls auf der strategischen Zielplanung. Im OHR werden die für die Entwicklung des Oberbergischen Kreises besonders relevanten Handlungsfelder beschrieben und mit konkreten Entwicklungsperspektiven hinterlegt. Er ist somit nicht nur ein wichtiges Informationsinstrument für Sie, sondern verdeutlicht in erster Linie die Qualifikation des Oberbergischen Kreises als Projektträger für verschiedene Förderprogramme.

### **(REGIONALE 2025)**

Zuallererst denke ich dabei natürlich an die REGIONALE 2025, für die wir zusammen mit dem Rheinisch-Bergischen und dem Rhein-Sieg-Kreis als Bergisches RheinLand im Frühjahr 2017 den Zuschlag erhalten haben. Seitdem ist schon Vieles passiert: Wir haben als zentrale Steuerungsinstanz die REGIONALE Agentur GmbH gegründet. Wir haben in den ersten Sitzungen von Gesellschafterversammlung und Lenkungsausschuss erste inhaltliche, organisatorische und programmatische Weichen gestellt und erste Projekte bewertet. Der politische Beirat wird im Dezember das erste Mal tagen.

Das Strukturprogramm „REGIONALE“ bietet uns die Chance, über themenbezogene Projekte die Zukunftsfähigkeit des Kreises weiter auf eine solide Grundlage zu stellen und so Herausforderungen aktiv zu begegnen. Wir werden in den kommenden Jahren eigene Projektansätze entwickeln und umsetzen, aber auch die Kommunen und andere Projektträger im Kreis unterstützen. Ohne eine strukturelle Unterstützung des Kreises werden nach Einschätzung der Kommunen in vielen Fällen Ent-

wicklungsmaßnahmen nicht umgesetzt werden können. Neben den Aufwendungen für die Agentur GmbH haben wir daher auch notwendige Mittel für Projektentwicklung, -qualifizierung und –umsetzung in den Haushalt eingestellt.

Eine erfolgreiche Durchführung der REGIONALE 2025 ist eine komplexe Angelegenheit. Mit ihr sind viele Herausforderungen verbunden, die sich aktuell naturgemäß noch nicht alle absehen und eingrenzen lassen. Der große Vorteil – Fördergelder auch für besonders innovative Projektideen generieren zu können, die wichtige Impulse für den Projektraum geben können – ist zugleich auch größte Herausforderung. Kooperationen und Netzwerke werden eine große Rolle spielen. Dabei ist es mir besonders wichtig, dass wir die kreisangehörigen Kommunen weiterhin im Prozess mitnehmen und sich die Kommunen ihrerseits aktiv beteiligen. Nur so können wir in der Fläche von der REGIONALE profitieren. Dabei müssen wir mit so viel Einigkeit wie möglich auftreten, um unseren regionalen Interessen das notwendige Gewicht zu verleihen.

### **(Ordnungspartnerschaft Sicherheit)**

Ein gelungenes Beispiel, das zeigt, was man mit Einigkeit erreichen kann, ist die Ordnungspartnerschaft Sicherheit zwischen Kreis, Kommunen und Kreispolizei, die auf meine Initiative ins Leben gerufen wurde. An der Ordnungspartnerschaft beteiligen sich mittlerweile geschlossen alle 13 Kommunen. Gemeinsam setzen wir ein richtiges und wichtiges Zeichen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und somit zur Lebens- und Wohnqualität in unserer Region. Die Rückmeldungen von Kommunen, Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass wir hier genau auf dem richtigen Weg sind.

Und auch hier hält der Oberbergische Kreis Wort: Die Aufwendungen für den Bereich der Ordnungspartnerschaft werden sowohl in 2019 als auch in 2020 aus der Ausgleichsrücklage des Kreises entnommen. Das Projekt führt damit nicht zu einer Mehrbelastung der Kommunen über die Kreisumlage.

## **(Personal)**

Ich habe Ihnen nun einen groben Überblick über die anstehenden Aufgaben gegeben. Eines sage ich Ihnen dabei allerdings ohne Umschweife: Ohne unser bereits vorhandenes, gut qualifiziertes und motiviertes Personal – und auch ohne eine Investition in zusätzliches Personal – können wir die vielfältigen Aufgaben nicht umsetzen.

Im Stellenplan 2019/2020 haben wir gegenüber dem Stellenplan 2017/2018 daher insgesamt 44,25 Mehrstellen ausgewiesen. Ein ganz wesentlicher Teil der Stellen ist jedoch refinanziert. So sind allein im Bereich Rettungsdienst 26 Mehrstellen erforderlich, davon 20 im Bereich Krankentransporte. Diese Stellen werden über den Gebührenhaushalt Rettungsdienst refinanziert. Weitere 5 Stellen betreffen die Bereiche „Unterhaltsheranziehung im Sozialbereich“ und „Brandschauen“. Diese Aufgaben wurden auf besonderen Wunsch der Bürgermeister übernommen und entlasten die Kommunen unmittelbar. Weitere 5 Mehrstellen ergeben sich aus der Umsetzung des neuen Unterhaltsvorschussgesetzes sowie den zukunftssträchtigen Themenfeldern „Breitbandausbau und Digitalisierung“. Die verbleibenden Mehrstellen dienen der Personalverstärkung verschiedener Verwaltungsbereiche, wobei die Stellen teilweise durch Mehreinnahmen, z. B. im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung, refinanziert sind.

Mit dem Stellenplan 2020 erfolgt ein weiterer Anstieg um 5,5 Stellen, von denen 3 allein der geschilderten Zuständigkeitsverlagerung im Bereich Bundesteilhabegesetz geschuldet sind. Nähere Einzelheiten können Sie den ergänzenden Unterlagen zu den beiden Stellenplänen entnehmen.

## **(Investitionen – Zentralisierung der Verwaltung)**

Gestatten Sie mir abschließend noch einen Blick auf unsere Bauvorhaben. Neben den bereits erwähnten Bauvorhaben im Bereich der Rettungswachen, der Erweiterung der AGewiS und den Investitionen in un-

sere Schulen, wurde zwischenzeitlich mit den Planungen zum Neubau des Straßenverkehrsamtes begonnen.

Gleichermaßen wie diese Maßnahmen ist aber auch eine Zentralisierung der Angebote der Kreisverwaltung hier in Gummersbach aus meiner Sicht unumgänglich. Es geht in meinen Augen dabei eben nicht um einen Neubau für die Kreisverwaltung als ein abstraktes Gebilde. Es geht vielmehr um Bürgerfreundlichkeit, es geht um Barrierefreiheit, es geht um energetische Verbesserungen und vieles mehr.

Gewissermaßen als Ergebnis soll in Gummersbach neuer funktionaler Büroraum geschaffen werden. Gegen „Paläste“ haben gleichermaßen Sie etwas, habe ich etwas und haben vor allem diejenigen etwas, die es bezahlen müssen: Wir alle, die Einwohnerinnen und Einwohner im Oberbergischen Kreis als Steuerzahler! Es sei Ihnen daher versichert, dass nichts anderes als die Vernunft die weiteren Planungen und Entscheidungen beeinflussen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

letztlich spiegelt der Kreishaushalt 2019-2020 die vielfältige Aufgaben und Themen wieder, die wir – als größter öffentlicher Leistungserbringer - im den beiden kommenden Jahren anpacken wollen. Wir setzen dabei Schwerpunkte in Abwägung unserer Gesamtverantwortung für den Oberbergischen Kreis.

An diesem Prozess werden die gesamte Verwaltung und ich auch in Zukunft mit aller Energie weiterarbeiten. Im engen Verbund mit Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, wollen wir den Oberbergischen Kreis weiter nach vorne bringen.

Für die arbeitsintensive Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2019-2020 danke ich abschließend Herrn Kreisdirektor- und Kämmerer Klaus Groontens und den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei. Gleichermaßen

gilt mein Dank natürlich auch den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Sie leisten unter immer schwieriger werdenden Bedingungen und bei einer zunehmenden Arbeitsbelastung engagierte, gute Arbeit. Dafür mein herzlicher und ganz persönlicher Dank.

Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, wünsche ich erfolgreiche und in der Sache weitsichtige Haushaltsberatungen. Für die Vorstellung des Haushaltes in Ihren Fraktionen können Sie sich selbstverständlich gerne wie jedes Jahr an die Kämmerei wenden. Und auch ich stehe Ihnen persönlich für weitergehende Erläuterungen und eine faire Diskussion in der Sache jederzeit gerne zur Verfügung.